

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Vereins (L. B.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschürsdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenbürgel bei Herrn Ernst Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Fräulein Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferer, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erste Ausgabe werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RMk. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 Gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg. von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg. 3 Gesp. Reklamezeile 45 R.-Pfg. Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 10 R.-Pfg. Nachweise und Offertengebühr 20 R.-Pfg. Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Sugleich weit verbreitet in den Ortshäusern der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschürsdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenbürgel und Siegelheim.

Nr. 231

Sonnabend, den 3. Oktober 1931

54. Jahrgang.

Trennung der Mandschurei von China?

Weitere 7 Abgeordnete haben ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärt. Nun das gemeinsame Vorgehen der nationalen Opposition zu sichern, finden vor Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen gemeinsame Besprechungen statt. Nach dem die Zustimmungserklärung der Nationalsozialisten jetzt vorliegt, wird das gemeinsame Vorgehen zustande kommen.

Die Arbeitslosenfürsorge soll neu geregelt werden. Die Amerikareise Cavals ist auf den 12. Oktober festgesetzt, seine Vertretung in der Präsidentschaft hat Tardieu übernommen.

Frankreich gibt keine Kredite für Sowjetrußland. In Spanien wird das Frauenstimmrecht eingeführt. In Bukarest wurde die interparlamentarische Konferenz eröffnet.

Russische Kavalleriepatrouillen und Panzerwagen haben die chinesische Grenze überschritten, worauf China energischen Protest in Moskau erhob. Südlich von Mukden sollen 400 koreanische Farmer von chinesischen Soldaten niedergemetzelt worden sein.

Waldenburg, 2. Oktober 1931.

Berlin und die ganze internationale Politik stand drei Tage unter dem Eindruck des Besuchs Cavals und Briand in Berlin. Die Frage, welches Ergebnis die deutsch-französischen Regierungsverhandlungen haben werden, beherrschte die ganze öffentliche Weltmeinung. Und diese Lage darauf ist dieses Ereignis, das schicksalswichtig sein konnte, für die deutsch-französischen Beziehungen der Unentschiedenheit überhaupt, in das Meer der Vereinbarungen erst auswirken könnten, wenn das bestehende deutsch-französische Komitee gebildet und an der Arbeit ist. Es ist möglich, daß aus dieser Arbeit etwas hervorkommt. Aber das, was auf die Weltwirtschaftskrise, was vor allem auf die deutsche Krise Einfluß ausüben könnte, ist ausgeschlossen. Die unmittelbare Wirkung der Berliner Ministerbegegnung, und wenn sie nur in einer verbindlichen Zusage für die Zukunft bestanden hätte, hat man im deutschen Volk vermisst. Um so unbegreiflicher ist es, daß es auch in Deutschland Presseorgane gibt, die sich und dem deutschen Volk einreden möchten, daß die deutsch-französische Verständigung vollzogen sei, wenn man in Deutschland nur dann gibt man nichts mehr auf Phrasen und Zukunftsbilder. Daraus erklärt sich wohl auch, daß mit der Abreise der französischen Staatsmänner das Interesse an den deutsch-französischen Ausgleichsverhandlungen in der deutschen Öffentlichkeit im allgemeinen erloschen ist.

Heute werden öffentliche Meinung und politisch: Verhandlungen beherrscht von den Kabinettsberatungen über das Briandprogramm. Dahinter tritt sogar die Frage zurück, welche Folgen aus der seit langem angekündigten Aussprache zwischen Reichkanzler und dem Reichsaußenminister gezogen werden dürften. Diese Aussprache verbunden mit dem Bericht des Außenministers über Genf, ist erneut aufgeschoben worden. Der Kanzler ist offenbar zu dem Auffassung gekommen, daß eine personelle Veränderung im Reichskabinett zwangsläufig eine Bewandlung entfesseln würde, die die ganze Arbeit der Reichsregierung lähmen, wenn nicht überhaupt unterbinden könnte. Man will offenbar diese Arbeit erst zu einem gewissen Abschluß führen, ehe man an solche Fragen herangeht. Auch eine andere Ursache für die Beschleunigung der Kabinettsarbeit ist unverkennbar: der wachsende Druck der verschiedenen Organisationen auf die Regierung, die immer deutlicher fühlbar werdenden Versuche, auf die Gestaltung des Winterprogramms entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Dieser Druck ist keineswegs einseitig. Wenn die großen Wirtschaftsverbände, in denen sich das Unternehmertum zurzeit sehr weitgehende und sehr deutlich formulierte Forderungen, an den Reichkanzler heranbringen, wenn auch die Landvolkpartei mit vorumschriebenen Wünschen hervortritt, so sind auf der anderen Seite die Organisationen der Arbeitnehmerschaft und mit ihnen die politischen Parteien, die sich im wesentlichen aus ihnen rekrutieren, ebenfalls aktiv. Man kann daher sehr wohl von einem Druck auf die Reichsregierung sprechen.

Wie ernst sich die Dinge zuspitzen haben, zeigt die neue Notverordnung über den Lohnkonflikt im Ruhrbergbau. Man kann daraus erkennen, daß die Regierung Brüning ihre bereits im Frühjahr eingeleitete Aktion zur allgemeinen Lohn- und Preislenkung erneut aufzunehmen gewillt ist. Man hat zunächst mit einer Lohnherabsetzung im Ruhrkohlenbergbau um 7 Prozent begonnen, diese Lohnkürzung aber durch Uebernahme der Arbeitslosenbeiträge auf das Reich gemildert. Das bedeutet also, daß die Produktionskosten im Ruhrbergbau um rund 10 Prozent gesenkt werden. Man will damit vorbeugen, um der englischen Konkurrenz, die durch die Pfundinflation sich in kürzester Frist auf allen Weltmärkten fühlbar machen wird, zu begegnen. Andererseits bedeutet die Kürzung der Löhne eine weitere Senkung des Realeinkommens der betroffenen Arbeiterschichten. Man wird verstehen, daß sich der Arbeiterschaft deshalb eine zunehmende Erregung bemächtigt hat, die dann eine bedenkliche Zuspitzung erfahren müßte, wenn nicht in kürzester Frist eine fühlbare Senkung des allgemeinen Preisniveaus nachfolgt.

Was einst von der Regierung Brüning aufgestellte Steuer- und Wirtschaftsprogramm ist durch die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage fast restlos über den Haufen geworfen. Damals wollte man die Krise beikommen durch Entlastung der Wirtschaft, durch Herabsetzung der Steuern. Inzwischen haben sich die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden weiterhin katastrophal entwickelt - Caïtropol-Kaueel konnte am Ersten die Gehälter nicht auszahlen -, so daß man ihnen neue Steuerquellen erschließen mußte. Die Bürgersteuer soll auf das Dreifache erhöht werden; was sonst noch an steuerlichen Maßnahmen beschlossen werden wird, liegt noch im Dunkel der behördlichen Vorbereitungen verborgen. Auch auf dem Gebiet des Mietwesens scheint man radikale Änderungen vornehmen zu wollen. Die Zwangsbewirtschaftung des Wohnraums soll beseitigt werden. Alles das sind Maßnahmen, die neue Sorgen beim Steuerzahler wie gewiß auch bei den verantwortlichen Regierungen herausbeschwören. Und alles würde man schließlich in Kauf nehmen, wenn man den Eindruck hätte, daß wir dadurch aus dieser Misere herauskämen.

Mit Staunen und Beunruhigung zugleich sehen wir aber, daß die Dinge gleichsam wie ein Unwetter sich entwickeln. Die Krise kennt nicht Grenzen und Gesetze. Von Englands Krise, die den Goldstandard beseitigte, breitet sich die Bewegung wie eine Welle aus. Die nordischen Länder sind zum größten Teil dem englischen Beispiel gefolgt und haben die Goldbasis ihrer Währungen vorübergehend beseitigt. Alles fürchtet die inflationistischen Wirkungen der goldgelösten Währungen auf den internationalen Weltmarkt. Man sieht auf der einen Seite das Vorwärtsdrängen der Wirtschaften, die sich vom Goldstandard freigemacht haben und auf der anderen Seite das Bestreben, durch Zollmaßnahmen den Wareneinfluß zu erschweren oder ganz zu verhindern.

Und während sich alle diese bedenklichen Krisenerscheinungen in der ganzen Welt bemerkbar machen, saß man in Genf beieinander, um über den „Frieden der Welt“ zu sprechen. Der Völkerbund sollte nach dem Willen seiner Väter jene Weltinstitution sein, die alle Probleme, die den Frieden bedrohen könnten, unter dem Gesichtspunkt der Völkerverständigung willensstark in die Hand nehmen sollte. Und dort, wo der wirtschaftliche Gleichklang zerstört, oder der kulturelle Fortschritt gehemmt würde, sollte der Völkerbund Mittler und Segensstifter sein. Aber der Völkerbund hat es vorgezogen, seine Herftagung zu sich Liehen, ohne auch nur den geringsten Versuch zu unternehmen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Das ist das Bedenklichste, denn damit zerstört der Völkerbund selbst das Vertrauen, das er noch in vielen Kreisen besessen hat. Die Kritik, die in der letzten Zeit in immer stärkerem Maße an seine Unfähigkeit und seiner Unentschlossenheit geübt wurde und gegen die sich Briand glaubte wenden zu müssen, war nicht nur berechtigt, sie war notwendig, aber leider auch erfolglos. Es sieht nicht gut aus in der Welt. Ob der Besuch Cavals in Washington eine Wendung bringt? . . .

Russische Kavallerie in China.

Zwei Regierungen in der Mandschurei.

London, 2. Oktober.

Russische Kavalleriepatrouillen und Panzerwagen sind in der chinesischen Grenzstadt Mantshuli erschienen. Auf chinesischen Protest hat der russische Konsul erwidert, die

Patrouillen hätten lediglich nach Weisgardisten gejacht, die die Sowjetgrenze überschreiten wollten. Man glaubt aber, daß der eigentliche Zweck der Aktion war, bei den Chinesen „Eindruck“ zu machen.

In der Mandschurei suchen jetzt zwei einander feindliche Regierungen an die Macht zu kommen. Die Anhänger des bisherigen Gouverneurs der Mandschurei, Marschalls Tschanghueliang, haben Tschintschau (ungefähr 160 Kilometer südlich von Mukden) zur Hauptstadt erklärt. Dorthin hatte sich nach Ausbruch der Unruhen eine Anzahl Beamter des alten Regimes geflüchtet. Die Gegenregierung befindet sich in Kirin, ungefähr 400 Kilometer nordöstlich von Mukden. Die Kirin-Regierung hat in einer vorläufigen Erklärung die Anschuldigung erhoben, daß die bisherige Regierung seit Beginn der Herrschaft des einem Attentat zum Opfer gefallenen Marschalls Tschanghueliang bis zur Abschließung seines Sohnes Tschanghueliang Gelder im Betrage von drei Milliarden aus der Mandschurei herausgezogen habe. Der Ausbruch offener Feindseligkeiten zwischen beiden Regierungen wird dadurch verhindert, daß zwischen ihnen in der sogenannten geschützten Zone die Japaner stehen.

Die ganze Mandschurei in Aufruhr.

Alle drei Provinzen der Mandschurei befinden sich jetzt im Aufstand gegen Tschanghueliangs Regierung.

In Tschintschau haben die Notabeln nach dem Vorbild von Kirin eine provisorische Regierung für Heilungiang gebildet. In Charbin hat der ehemalige Bürgermeister einen Ausschuß zur Erhaltung des Friedens eingesetzt, der die Stadtverwaltung übernimmt.

Neuer Zusammenstoß.

Bei Raiynan in der Nähe von Mukden kam es in den frühen Morgenstunden zwischen einer japanischen Truppenabteilung und ungefähr 3000 chinesischen Soldaten zu einem Kampf. Die Chinesen wurden zurückgeschlagen. Die japanischen Truppen hatten drei Tote und viele Verwundete.

Man wird eine objektive Berichterstattung über diese Vorgänge abwarten müssen, ehe man zu ihnen Stellung nehmen kann, denn zweifellos besteht auf japanischer Seite ein Interesse, innerchinesische Schwierigkeiten nach außen hin zu übertreiben, nachdem die Anteilnahme der übrigen Mächte an den Vorgängen im Fernen Osten sich so lebhaft bekundet hat. Auch der Wechsel in der Leitung des chinesischen Außenministeriums findet allgemein Beachtung. Der neue Außenminister Dr. Sze ist als bisheriger Gesandter in London und Vertreter seiner Regierung beim Völkerbund eine in den Kreisen der weltlichen Politik bekannte und als überaus befähigter Diplomat anerkannte Persönlichkeit und kann sich in der Führung des ihm anvertrauten schweren Amtes auf gute Beziehungen und auf das Vertrauen der internationalen Diplomatie stützen. Das ist für China in dem Augenblick, wo der bisherige Außenminister Wang durch das gegen ihn verübte Attentat gerade in einer besonders kritischen Situation ausgeschaltet wurde, von besonderer Bedeutung, und auch der Umstand, daß Dr. Sze bereits in Genf mit den japanischen Delegierten über die akuten Streitfragen in direkten Meinungsaustausch treten konnte, und daß diese Verhandlungen von denselben Persönlichkeiten auf der Grundlage der Entschließung des Völkerbundes weitergeführt werden können, berechtigt zu der Hoffnung, daß der chinesisch-japanische Konflikt in befriedigender Weise ausgeglichen wird.

Gegen Brüning.

Besprechungen der nationalen Opposition.

Berlin, 2. Oktober.

Das gemeinsame Vorgehen der nationalen Opposition nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird, nachdem die Zustimmungserklärung der Nationalsozialisten jetzt vorliegt, zustande kommen. Die gemeinsame Besprechung darüber wird aber wahrscheinlich erst unmittelbar vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen stattfinden.

Fest steht bei den Parteien bereits, daß diese Verhandlungen die Einbringung eines gemeinsamen Mißtrauensantrages gegen das Kabinett Brüning durch die parlamentarischen Vertreter der nationalen Opposition zur Folge haben werden. Die Nationalsozialisten haben auch ein Mißtrauensvotum gegen den Außenminister Dr. Curtius angekündigt. Bei den Deutschnationalen ist eine Entscheidung